

# AfD und neoklassischer Mainstream im Wettstreit: Land unter für die Logik

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 23.05.2013

[Die FAZ](#) hat ein Streitgespräch zwischen Bernd Lucke, dem Sprecher der Partei „Alternative für Deutschland“, und Dennis Snower, dem Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, über den weiteren Weg der Europäischen Währungsunion (EWU) abgedruckt. Aus Sicht der FAZ scheint das ein lohnender Diskurs zu sein. Denn beide Ökonomen sind sich zwar in der Krisenanalyse einig – mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Südeuropas dank im Verhältnis zur Produktivität zu hoher Löhne –, aber sie vertreten gegensätzliche Standpunkte, wie die Krise zu meistern sei. Der eine möchte, dass die Südeuropäer die EWU verlassen, der andere will möglichst alle EWU-Mitglieder bei der Stange halten und dazu "atmende Fiskalregeln" einführen.

Aus unserer Sicht ist berichtenswert, worüber sich beide Diskutanten *nicht* unterhalten haben und was offenbar auch die Moderatoren der FAZ nicht interessiert: Das ist zum einen die grundsätzliche Frage, welches Verhältnis Löhne und Produktivität denn einnehmen sollten in einer Währungsunion, zum anderen die Frage, welche Folgen die vorgeschlagenen Lösungen *für Deutschland* hätten.

Die erste Frage können unsere Leser mit Sicherheit auf Anhieb beantworten: Die Nominallöhne sollten in jedem EWU-Land von Anfang seines Beitritts an so wachsen, wie die nationale Produktivität und die angestrebte Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank zusammengenommen. Die Einstiegskurse der nationalen Währungen in den Euro dürften in etwa den Kaufkraftparitäten entsprechen haben, da es vor 1999 keine großen und dauerhaften Leistungsbilanzungleichgewichte gab. Es gibt jedenfalls keine Anhaltspunkte dafür, dass am Anfang der EWU ein markantes Gefälle in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Euroländern bestand.

Dass die Löhne seit 1999 nicht nur in Südeuropa nicht gemäß der genannten Regel stiegen, sondern auch in Deutschland nicht, ist zwar eine empirisch eindeutig belegte, aber doch offenbar so unangenehme Tatsache, dass man lieber nur die eine Seite der Medaille namens Wettbewerbsfähigkeit thematisiert, nämlich das südeuropäische Abweichen von der Regel nach oben, nicht aber das *stärkere deutsche Abweichen nach unten*. Bernd Lucke argumentiert eindeutig inkonsistent, wenn er behauptet, in Südeuropa seien die Löhne um 30 bis 50 Prozent zu stark gestiegen, von dem Gegenposten aber nicht spricht. Denn in der EWU insgesamt sind ja die Preise (deren Wachstumsrate im Wesentlichen der Differenz zwischen Nominallohn- und Produktivitätssteigerung entspricht) genau

passend zur Ziellinie der EZB von knapp 2% gestiegen. Wenn die einen Länder aber mit ihren Löhnen im Vergleich zu ihrer Produktivität zu hoch lagen, muss ein anderes Land oder müssen mehrere andere Länder zwingend zu niedrig gelegen haben, sonst könnte der Durchschnitt nicht stimmen. Zu dieser Inkonsistenz passt auch, dass Bernd Lucke den Austritt der südeuropäischen Länder aus der EWU befürwortet, von einem Austritt Deutschlands aber nichts wissen will mit der Begründung, ersteres sei "viel besser. ... Dann haben die Südländer die Möglichkeit der Abwertung, was ihnen die Chance gibt, wettbewerbsfähig zu werden."

Dennis Snower als Vertreter eines Instituts, an dem seit Jahrzehnten der neoklassische Mainstream gepflegt wird, sitzt hier in der Klemme. Er kann auf die Fehler der deutschen Lohndumpingpolitik nicht gut hinweisen, weil diese Politik von seinem Institut selbst immer empfohlen wurde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das heißt, er muss zur Kehrseite der besagten Medaille schweigen. Das hat aber zur Folge, dass er Bernd Lucke auch nicht die Unsinnigkeit des Arguments, ein Austritt der Südeuropäer aus der EWU sei besser als der Deutschlands, weil die Südeuropäer dann abwerten könnten, vorwerfen kann. Dass das Unfug ist, liegt zwar auf der Hand, da, egal wer austritt, die Abwertung der einen (neuen) Währung die Aufwertung der anderen (neuen) Währung bedeutet. Aber auf diese Spiegelbildlichkeit kommt Dennis Snower wohlweislich lieber nicht zu sprechen, denn dann käme er vielleicht in die Verlegenheit, auch auf die Spiegelbildlichkeit der Wettbewerbsfähigkeit hinweisen zu müssen. Und dieses heiße Eisen nimmt er wie gesagt lieber erst gar nicht in die Hand.

Was also antworten? Dennis Snower rudert erst einmal soweit wie möglich von der gefährlichen Klippe "Preise" weg ("Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes hängt ... nicht von seinen monetären Größen ab"). Die ist deshalb gefährlich, weil sie das Thema Kosten und damit das Thema Löhne beinhaltet, das es zu meiden gilt. Stattdessen bemüht er lieber die guten alten komparativen Vorteile, die ein Land zum Erhalt seiner Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel pflegen müsse. (Bei Gelegenheit werden wir unseren Lesern dieses Kapitel der Volkswirtschaftslehre zum Thema Handel noch einmal detaillierter vorstellen.) Und weil die Südeuropäer diese Vorteile nicht mehr hätten, müssten sie eine neue Produktionsstruktur aufbauen mit Hilfe ausländischer (im Zweifel vermutlich deutscher) Investitionsgüter, die sie sich bei einer Abwertung aber nicht mehr leisten könnten, weshalb ihr Austritt aus der EWU keine gute Lösung für ihr Wettbewerbsfähigkeitsproblem sei.

Was soll man dazu noch sagen? Wenn der internationale Handel tatsächlich hauptsächlich auf komparativen Vorteilen beruhte, wovon Dennis Snower offenbar ausgeht, dann hätte ihr (woher auch immer stammender) Verlust in Südeuropa zu einem Rückgang der Handelsströme mit Deutschland führen müssen, nicht aber zu riesigen Handelsungleichgewichten. Denn wer keine komparativen Vorteile zu bieten hat in einer Handelswelt, die von komparativen Vorteilen dominiert wird, der fliegt aus dem internationalen Handel raus, oder? Denn der hat ja nichts zu geben, was für die Handelspartner noch irgendwie interessant wäre.

Wieder einmal zeigt sich, dass die Handelstheorie der komparativen Vorteile völlig unzureichend ist, die Realität zu erklären. Man kann jahrelange Handelsungleichgewichte von 5 Prozent des BIP und mehr nicht erklären, ohne auf die Preise bzw. die unterschiedliche Entwicklung der nationalen Preisniveaus, also ganz explizit auf monetäre Größen zu sprechen zu kommen. Der Versuch, mit der bezahlbaren Einkaufsmöglichkeit ausländischer Investitionsgüter den Verbleib Südeuropas im Euro zu be-

gründen, ist so unbeschreiblich hilflos, dass einem Dennis Snower regelrecht leid tut. Zumal er ja vollkommen richtig ahnt, dass eine Auflösung der bisherigen Eurozone, wie sie sich Bernd Lucke vorstellt, mit großen ökonomischen und nicht zuletzt politischen Problemen für ganz Europa verbunden wäre.

Hilflos muss man auch das Schweigen nennen, mit dem Dennis Snower Bernd Luckes Antwort "Ja, ganz klar." auf die Frage, ob er die Arbeitsmoral in Südeuropa für schlechter halte als in Deutschland, übergeht, statt ihn klar in die Schranken zu weisen. Das ist ein unverzeihlicher Fehler. Denn wenn man schon keine wirklich stichhaltige ökonomische Argumentation Pro Euro zuwege bringt, dann sollte man sich wenigstens auf der normativen Ebene gegen solche arroganten Vorurteile zur Wehr setzen. Hinzu kommt: Diese Vorurteile hätten, wenn sie denn wahr wären, nicht einmal die Logik auf ihrer Seite, weil wie gesagt die Einstiegswechselkurse in den Euro dafür gesorgt haben, dass Produktivitätsunterschiede, die auch auf so etwas wie Mentalitätsunterschieden beruhen mögen, zu Beginn der EWU ausgeglichen waren, und selbst Bernd Lucke kaum behaupten würde, die Arbeitsmoral der Südeuropäer sei gerade im letzten Jahrzehnt im Vergleich zur Zeit davor eklatant abgerutscht. Wer den Euro insbesondere mit dem Anliegen, die "Harmonie in Europa" zu erhalten, retten will und nicht einmal an dieser Stelle die rechten Worte findet zur Verteidigung unserer Nachbarn, der sollte sich nicht zu einem solchen Streitgespräch zur Verfügung stellen. Oder er setzt sich dem Verdacht aus, doch nicht aus tiefer europäischer Überzeugung heraus zu argumentieren, sondern schlicht als Interessenvertreter der deutschen Exportwirtschaft, die sehr genau weiß, was ihr droht, wenn sich die Eurozone auflöst.

Doch nun zur zweiten nicht gestellten und nicht beantworteten Frage: Was bedeutet ein Ausstieg Südeuropas aus der EWU für Deutschland? Die wirren Ausführungen zu der praktischen Durchführung eines Ausstiegs aus dem Euro und seinen Effekten auf die Südeuropäer selbst lassen ahnen, dass Bernd Lucke entweder überhaupt keine Vorstellung davon hat, was dann in Deutschland los wäre, oder dass er es ziemlich genau weiß und deshalb lieber nicht darüber spricht.

Denn wer wollte die AfD noch wählen, wenn er gesagt bekäme, dass dank massiver, vermutlich sogar überschießender Aufwertung des dann neuen Rest-Euro die deutsche Exportwirtschaft über Nacht ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erheblichen Teilen eingebüßt hätte? Und zwar nicht nur gegenüber Südeuropa, sondern vor allem auch gegenüber dem Rest der Welt? Denn dann fiel mit einem Schlag der Windschatten weg, den die Außenhandelsdefizite der Südeuropäer dem unterbewerteten Überschuss-Deutschland auf den Devisenmärkten gewähren.

Wer wollte die AfD noch wählen, wenn er sich die Arbeitsmarktprobleme ausmalte, die auftreten, sobald die weit überdimensionierte deutsche Exportindustrie zu schrumpfen beginnt? Und dazu noch die Reaktion der neoliberalen Ökonomen wie Bernd Lucke, die dann der deutschen Lohnpolitik mit Sicherheit ein weiteres, scharfes Gürtel-enger-Schnallen vorschreiben würden, weil ja die überlegene Wettbewerbsfähigkeit dahin ist? Denn aus dieser Logik, wie er sie heute auf Südeuropa anwendet, würde Bernd Lucke wohl kaum aussteigen, schon allein weil er kein anderes Rezept als den Kampf "jeder gegen jeden" kennt, den er für produktiven Wettbewerb hält.

Wer wollte die AfD noch wählen, wenn er erführe, dass auch der Wert der deutschen Vermö-

gensbestände im Ausland im Fall eines Austritts Südeuropas aus der EWU in Frage stünde und in diesem Zusammenhang die Stabilität der deutschen Banken und Versicherungen betroffen wäre? Dann dürfte Bernd Lucke der Satz "Das Einzige, was auf die Politik wirkt, ist die disziplinierende Macht der Kapitalmärkte und der Zinsen.", den er sinngemäß [von Hans Tietmeyer übernommen](#) und in diesem Streitgespräch gebracht hat, noch zu schaffen machen.

Es geht kein Weg daran vorbei und wir haben es vor einiger Zeit schon deutlich gesagt: Die AfD täuscht die Bürger mit ihrem Slogan „Deutschland braucht den Euro nicht“. Kein Land braucht den Euro mehr als Deutschland. Wenn das hierzulande nicht bald begriffen wird, wird Deutschland sein blaues Wunder erleben. Vermeintliche Verteidiger des Euro, die außer dem drohenden politischen Desaster offenbar keine vernünftige Begründung für die gemeinsame europäische Währung geben können oder wollen, geschweige denn eine ernst zu nehmende Lösungsstrategie entwickeln, leisten dem Euro einen Bärendienst. Auch sie müssen sich vorwerfen lassen, den Menschen keinen reinen Wein einzuschenken. Denn dass auch wir Deutschen aus der Eurokrise nicht mehr einigermaßen unbeschadet herauskommen werden – ob mit dem bisherigen Euro oder ohne –, zeigt sich von Tag zu Tag klarer. Von den gegenseitigen Schuldzuweisungen, die es am Tag x hageln wird, werden dann vor allem radikale und nationalistische Kräfte profitieren. Armes Europa!

## Über den Autor

---

Veröffentlicht am: 23.05.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/05/afd-und-neoklassischer-mainstream-im-wettstreit-land-unter-fur-die-logik/>